

Bezugspreis:

Vom 18.-24. November 600 Milliarden oder 1 Goldmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 20. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor der entscheidenden Reichstagsdebatte. Sozialdemokratie gegen Stresemann.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen...

Als in der Nacht vom 26. auf den 27. September in einer eiligst zusammenberufenen Sitzung des Reichskabinetts die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes über das ganze Reich beschlossen worden war...

Man war einigermaßen erstaunt, als man tags darauf in der volksparteilichen „Zeit“ las, der Ausnahmezustand richte sich nicht nur gegen Bayern, sondern auch gegen Sachsen und Thüringen...

Was weiter in Bayern geschah, braucht in diesem Zusammenhang nicht noch einmal ausführlich erörtert zu werden.

Inzwischen begann sich der militärische Ausnahmezustand desto kräftiger im übrigen Reich auszuwirken.

Herr Stresemann, der für Bayerns föderalistische Wünsche ein respektvolles Verständnis hat, schlug die Forderung Preußens, Sachsens, Thüringens, Hessens, Württembergs, Badens nach Wiederherstellung ihrer militärisch gedrosselten, verfassungsmäßigen Rechte in den Wind.

Welche Zustände sich inzwischen nicht nur in Sachsen und Thüringen, sondern auch in Schlesien, in Berlin und anderen Teilen des Reichs entwickelten, sind bekannt.

geteilt werden. Die Haltung der sozialdemokratischen Presse, die Erklärungen unserer Fraktionsvertreter haben Herrn Stresemann nicht im Zweifel darüber gelassen...

Der militärische Ausnahmezustand blieb dennoch bestehen. Unter diesen Umständen kann das Ergebnis der gestrigen Fraktionsitzung nirgends überraschend wirken.

Als der Reichskanzler des militärischen Ausnahmezustandes kann Herr Stresemann nicht durch das Vertrauen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestützt werden.

Die Entscheidung wird voraussichtlich am Donnerstag oder am Freitag nach länger bewegter Debatte fallen.

Die „Zeit“ hat wiederholt erklärt: dann bleibe nichts anderes übrig als die Auflösung. Das ist aber nicht richtig.

Wie kann eine solche Regierung gebildet werden? Wahrscheinlich wird sich schon bei den bevorstehenden Abstimmungen zeigen, daß eine Kombination mit der Sozialdemokratie nicht möglich ist.

Abgesehen davon herrscht in weiten Kreisen des Zentrums und der Demokraten die fatalistische Ueberzeugung, daß eine Rechtsentwicklung unermüdlich sei.

Dann bleibt nur der Versuch übrig, eine Rechtsregierung auf die Beine zu stellen. Ob sie eine Mehrheit finden wird, muß dahingestellt bleiben.

Wird nicht etwa noch der Weg eines farblosen Kabinetts, einer sogenanntem Beamtenregierung versucht, was wenig wahrscheinlich ist, dann gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Bürgerblockregierung oder Reuwaschen.

Die heutige Reichstagsitzung wird mit Reden und Erklärungen der Parteien beginnen.

Die Epprecht-Korrespondenz meldet: Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Montag nachmittag zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm am Montag einen Bericht der Regierung über deren Verhandlungen mit dem Fünfschneidnerausschuss der besetzten Gebiete und der Lage im Ruhrgebiet entgegen.

Der militärische Belagerungszustand. Schutz und Sicherheit für Eigentum und Wohnung!

Herr Stresemann hat sich in der Rede vor seinem Zentralvorstand viel darauf zugute getan, daß durch rechtzeitiges Eingreifen in Sachsen und Thüringen Eigentum und Wohnung gesichert worden seien.

Seit dem 14. November ist das bisher die Befehlsausübende Bataillon III des Reichwehregiments 18 (Major Werber) abgelöst und durch ein Bataillon des Regiments 18 (Oberleutnant Eppmann) ersetzt worden.

Unter diesen Umständen besteht beim Vorstand der Zwickauer Parteiorganisation die Befürchtung, daß die Bemühungen der Partei um Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unmittelbar gefährdet sind.

Am Dienstag, den 6. November, abends hat ein Reichswehroffizier sich im Lokal „Bismard“ auf den Stuhl gestellt und folgende Ansprache gehalten: „Meine Herren! Wenn Sie denken, daß wir wegen der paar Kommunisten gekommen sind oder wegen der Sozialisten oder wegen der angeblichen Unruhen, da irren Sie sich.“

Zugegeben, daß das „Eingeleugnen“ sind, die man nicht verallgemeinern soll. Aber sie wirken mehr wie verblüffend. Und es bleibt nicht bei solchen Eindrücken, die das Auftreten untergeordneter Stellen hervorruft.

Kein Wunder, daß darüber allgemein große Freude im rechtsbürgerlichen Lager herrscht, daß die republikanischen Elemente überall zurückgedrängt und bedroht werden, daß man offen von einem baldigen Umschwung aller Dinge, von der Reichsdiktatur Kahr's, von der Wiedereinführung der Monarchie, vom großen Krieg gegen Frankreich usw. spricht.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm am Montag einen Bericht der Regierung über deren Verhandlungen mit dem Fünfschneidnerausschuss der besetzten Gebiete und der Lage im Ruhrgebiet entgegen.

Auch der ganze gegenüber dem verfassungsmäßigen Organen des Landes Thüringen beliebt, von Tag zu Tag schärfer werdende Bekämpfung, sowie andere von der Leitung der Reichswehr in Thüringen getroffene Maßnahmen geben zu denken. Die Auflösung der übrigen zum größten Teil waffenlosen oder ganz unzureichend und beinahe ungefährlich bewaffneten proletarischen Hundertschaften wird — zum Teil unter fortgesetzten rückwärts losen Verhaftungen — durchgeführt. Auf der anderen Seite wurde z. B. die pflichtmäßig von der Thüringer Landesstrafpolizei vorgenommene Vernehmung und Durchsuchung der von der „bayerischen Front“ zurückkehrenden Jenner nationalsozialistischen Studenten, die im Verbands eines bayerischen Reiterregiments eine besondere Rolle hatten spielen sollen, vom Reichswehrkommando plötzlich verboten. Schade, daß das von der Thüringer Polizei dabei gefundene wertvolle Material nun wahrscheinlich nicht bekannt werden wird. Jedenfalls haben die nationalsozialistischen und monarchistischen Kreise Thüringens zu ihrer großen Freude die Gewißheit erhalten, daß in Thüringen durch die ganz „unparteiische“ republikanische Militärstruktur illegale Verbände, die links stehen, nicht gebildet, Angehörige illegaler rechtsstehender Verbände aber vor der bösen republikanischen Polizei diktatorisch gehandelt werden.

Mit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes ist Leben und Freiheit der Bevölkerung in die Gewalt der Reichswehr gegeben. Nicht einmal ein wirksames Beschwerderecht steht den Opfern der Schußhaft zu. Sie erdulden sogar der Rechte, welche die Schußhaftgefangenen während des Krieges hatten und die schon damals vielfach als nicht ausreichend empfunden wurden. Nach dem Befehl vom 4. Dezember 1918 mußten die Verhafteten spätestens am Tage nach ihrer Verhaftung durch einen Richter vernommen werden. Der Haftbefehl war ihnen bei der Verhaftung oder spätestens unverzüglich nach der Verhaftung bekannt zu machen. Gegen die Verhaftung war eine Beschwerde an das Reichsmilitärgericht möglich, das auf Antrag des Verhafteten mündliche Verhandlung anberaumen mußte. Alle diese Rechtsgarantien fehlen heute. Der Verhaftete hat lediglich das Recht, sich beim Reichswachminister zu beschweren. Das ist der ganze heutige Rechtsschutz! Kein Anspruch auf richterliche Vernehmung! Kein Anspruch auf unverzügliche Bekanntmachung des Haftbefehls! Kein Anspruch auf Entscheidung durch ein Gericht! Kein Anspruch auf mündliche Verhandlung! Bei der geistigen Einstellung der Militärs ist es daher nicht erstaunlich, daß beim Einsetzen der Reichswehr die schlimmsten Mißgriffe erfolgt sind und noch erfolgen.

Vielach befaß die Reichswehr, die in einem Ort einzuckte, Listen „verdächtiger“ Personen, auf denen fast ausschließlich Sozialdemokraten und Kommunisten, vor allem Betriebsräte standen. Auf Grund dieser Listen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, teils in den Wohnungen, teils in den Betrieben. Wurden Waffen vorgefunden, so erfolgte Verhaftung. Aber auch wenn Waffen nicht vorgefunden wurden, sind des öfteren Festnahmen erfolgt. Dabei wurden als gefährliche Waffen angesehen verrostete Munition, französische Munition (Antenen aus dem Felde), in einem Fall genützte zur Verhaftung die Denunziation der eigenen Frau, die angab, daß ihr Ehemann ein Seitengewehr in der Bodenkammer versteckt habe. Ein parteigenössischer Arbeiter wurde festgenommen, weil bei ihm ein paar Patronen vorgefunden wurden, die er vom Kopp-Pusch her noch besaß, und weil außerdem in seiner Wohnung eine Spiralfeder entdeckt wurde, die er sich als Wächter einer Fabrik mit Zustimmung seiner Firma angeschafft hatte, nachdem dreimal bei dieser Entdeckung worden war.

Da von einem wirksamen Beschwerderecht nicht gesprochen werden kann, ist in Sachen die einzige Instanz, die der Militärbehörde bei Verhaftungen in den Arm stellen kann, der sozialdemokratische Zivilkommissar, der in der Tat erzwungenerweise in vielen Fällen eingegriffen und unschuldig Verhaftete befreit hat. Velder sind seine Befugnisse recht beschränkt. Er kann vor allem nicht verhindern, daß Militärs zunächst einmal Verdächtige festnehmen und wochenlang inhaft lassen. Oft vergeht eine sehr lange Zeit, bis die Akten dem sächsischen Wehrkreis-Kommandeur vorgelegt werden. Inzwischen sind die Betroffenen ihrer Freiheit beraubt, und es muß ihnen wenig hinterher zu

erklären, daß sie grundlos festgenommen worden waren. Das Militär, das es doch sonst so eilig hat, und niemals warben kann, legt wenig Eile an den Tag, wenn die Nachprüfung der Festnahme erfolgen soll. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes ist eine dringliche Notwendigkeit.

Verbot des Thüringer Regierungsorgans.

Weimar, 19. November. (11.) Das Wehrkreis-Kommando für Thüringen, Gruppe Hesse, hat das sozialistische Thüringer Regierungsorgan „Das Volk“ auf acht Tage verboten.

Fortschreitende „Säuberungsaktion“ in Thüringen.

Weimar, 19. November. (11.) Die Säuberungsaktion in Thüringen schreitet rüstig vorwärts. Wie amtlich mitgeteilt wird, unternahm die Reichswehr derartige Aktionen in Aulsa, in der Gegend von Friedrichroda, Labors, in der Gegend Gräfenroda, bei Wildersleben, in und um Walsungen, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen und bestehendes Material beschlagnahmt wurde. Die Landespolizei führte erfolgreiche Unternehmungen aus in Sonneberg, Hankenburg, Rudolstadt und Groß-Breidenbach. In Eisenach fand eine Erwerbslosen Demonstration statt. Infolge der Drohung, die Stadthauptkasse zu stürmen, wurde Reichswehr eingesetzt, die die Ordnung wiederherstellte, ohne daß von der Schutzmasse Gebrauch gemacht werden mußte. In Weiningen wurden fünf Kommunisten verhaftet, die wegen Ankaufs von Munition an die Truppen herangezogen waren. In Arnstadt wurden kleinere Unruhen durch die Landespolizei unterdrückt. In Timenau wurde, das von der Landespolizei bewachte Gefängnis angegriffen und dabei einzelne Gefangene befreit. Einer der Angreifer wurde getötet.

Nationaler Verrat.

Die Ruhr-Erwerbslosen sollen verhungern.

Gegen Stresemann! Unter allen Umständen eine Entscheidung zugunsten einer Rechtsdiktatur, das ist die Parole, in der sich alle Säuglinge der Rechten einig sind, so sehr sie sonst auch aufeinander losgehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemüht sich, Stresemann den schlimmsten Vorwurf zu machen, der in den Kreisen der Rechten gegen einen Politiker erhoben werden kann, den der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie. Dabei schimpft sie über die weitere Unterstützung des Ruhrgebietes durch das unbesetzte Deutschland, auf die auch die Sozialdemokratie neben anderen Parteien gedrungen hatte. Wörtlich schreibt sie:

„Auf der anderen Seite ist durch den Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung ihr einfließender Einfluß in keiner Weise vermindert worden; er hat sich höchst verhängnisvoll ausgewirkt in der Vereinfachung der hundert Millionen Rentenmark für einen völlig verfehlten Zweck, für das planlose Erfassen einer weiteren Gälgenleiste im Ruhrgebiet.“

Dieses edle Agrarierblatt ist also wirklich bereit — „bei vollen Scheun“ — das Volk an der Ruhr verhungern zu lassen. Es geht nichts über nationale Treue!

„Der letzte Deutsche“.

Mit pathetischer Geste hat Dr. Stresemann am Sonntag bezüglich der angeordneten Sanktionen wegen der Rückkehr des Ex-Kronprinzen erklärt, er halte es doch für besser, neuen französischen Brutallisten ausgesetzt zu sein, als dem Vorwurf, daß der letzte Deutsche aus dem Weltkrieg noch im Auslande, fern von seiner Familie, weilen müsse. Der Bericht verzeichnet hier: Stürmische Zustimmung.

Die Nationalliberalen und besonders der jetzige Führer haben stets eine besondere Zuneigung für den ältesten Sohn Wilhelms II. an den Tag gelegt. Und schon bevor die Rückkehr des Ex-Kronprinzen zur vollendeten Tatsache wurde, hat Dr. Stresemann bei verschiedenen Gelegenheiten sich mit einer Wärme für die Heimkehr des Verbannten von Weingen eingestellt, die unwillkürlich die Frage aufstehen ließ, ob denn das deutsche Volk und seine Regierung keine größeren Sorgen hätten.

Gerade der gegenwärtige Reichkanzler, der die unbesetzte Erbschaft der Cuno-Regierung übernommen hat, mußte aber wissen, daß mit kearem Pathos dem deutschen Volke in seiner jetzigen Lage

sehr wenig gedient wird. Aber es scheint, als ob ihm diese Erkenntnis wieder in dem Augenblick abhanden gekommen wäre, wo er sich ansieht, mit dem Schicksal von Rhein und Ruhr echt Cuno'sche Babanquepolitik zu treiben. Oder hielt er es für notwendig, mit diesen Worten an die monarchistische Oberlehrerkasse eines großen Teils der Deutschen Volkspartei eine Konzeption zu machen, die den Bruch mit den Deutschnationalen erleichtern sollte?

Freilich! Sollte man die Frage rein formal-juristisch behandeln, so steht es außer Zweifel, daß die Reichsregierung kein Rechtsmittel besaß, um den Ex-Kronprinzen an der Rückkehr nach Deutschland zu hindern. Auch die Tatsache, daß er auf der „Kriegsverbrecherliste“ steht, bietet dazu keine Veranlassung, zumal die seinerzeit eingetretene flüchtelnde Erledigung des Konflikts mit der Entente dahin ging, daß sich die einzelnen Siegerländer lediglich vorbehalten, die Angeschuldigten in contumaciam abzuurteilen.

Eine ganz andere Frage ist allerdings die, ob es politisch zu rechtfertigen ist, daß der Ex-Kronprinz gerade in der gegenwärtigen Zeit die Erlaubnis zur Rückkehr erhielt. Hätte der Betreffende auch nur einen Funken von Verantwortungsgesühl gegenüber seinem Vaterlande besessen, so hätte er ihm die Schwierigkeiten erspart, die sich aus seiner jetzigen Heimkehr ergeben mußten. Doch er dieses Verantwortungsgesühl nicht aufrufen konnte, ist nach der Bergangenheit des „Immer feste druff“-Prinzen kein Wunder. Um so mehr ist die Unterlassungsgebote der Regierung zu bedauern, die es nicht fertigbrachte, rechtzeitig abzuweichen.

Zeit, wo die Folgen dieser Unterlassungsgebote in Erscheinung treten, geht der Kaiser mit großen Gefassen und Phrasen darüber hinweg und erweckt sogar den Anschein, als ob das deutsche Volk sich nach „Sanktionen“ wegen des „letzten Deutschen“ geradezu sehnen würde. Nein! So liegen die Dinge ganz und gar nicht, und wie auch das deutsche Volk über die französischen Brutallisten urteilen mag, es bedankt sich gründlich dafür, wegen eines Mannes — und besonders wegen dieses Mannes — neue Unbill erdulden zu müssen.

Die Farsare, mit der Stresemann den Fall des Ex-Kronprinzen in den Vordergrund stellt, wird nicht dazu beitragen, das beklagenswerte Ergebnis seiner Regierungskunst zu mildern. Im Gegenteil: Tausende und aber Tausende von Arbeitern werden die Redensart vom „letzten Deutschen“ höchst bedenklich und zweideutig finden. Denn der letzte Deutsche ist nunmehr nicht der vormalige Kronprinz, sondern der vormalige Kaiser. Argwöhnisch werden viele Republikaner fragen, ob denn nicht auch dem Vater aus Gründen der „nationalen Ehre“ die Rückkehr ermöglicht werden soll. Mag dieser Argwohn vielleicht auch unberechtigt sein, wir wollen schon jetzt gegen eine solche Eventualität schärfste Verwahrung einlegen.

Abkommen über die Militärkontrolle.

Englands Zustimmung fehlt noch.

Die Botschafterkonferenz ist gestern, Montag, wie offiziell gemeldet wird, in 1½stündiger Vormittags Sitzung zu einem vorläufigen Abkommen über die Militärkontrolle in Deutschland gelangt. Der britische Botschafter sollte telephonisch die Zustimmung seiner Regierung zu dem Text einholen. Der französische Ministerrat ist nachmittags zusammengesetzt.

Nachdem der französische Ministerrat am Nachmittag die Haltung Poincarés selbstverständlich gebilligt hatte, trat um 5 Uhr die Botschafterkonferenz wieder zusammen und — fertig wurde auf heute Dienstag, da der englische Botschafter die letzten Instruktionen seiner Regierung noch nicht erhalten hatte.

Aus Privatmeldungen ergibt sich, daß auch eine Ex-Kronprinz-Note vereinbart wurde, von der offiziell nichts gesagt zu werden scheint. Die Einigungsformel soll folgendes besagen:

In der Ex-Kronprinzenfrage werden die Alliierten ein Schreiben an Deutschland richten, in dem der Gedanke ausgesprochen wird, daß die Anwesenheit des Kronprinzen eine Gefährdung für den Frieden bedeute. Sie drohen nicht mit Sanktionen und verlangen auch nicht direkt die Auslieferung des Kronprinzen oder seine Verbannung. Ein zweites Schreiben

Wie man Frankreichs Norden aufbaut.

Von André Gyal (Paris).

Nach fünf Jahren Wiederaufbau finden wir wunderbare Gebäude auf der einen und Hafentümpel auf der anderen Seite. Ganz wie zur Zeit der Feudalherrschaft.

Da und dort eine Fabrik, ein großes, geräumiges Haus und die prächtigen Möbel der Wohnungen der „neuen Reichen“: Das ist genau der Charakter dieser schlecht aufgebauten Städte.

Der arme oder der der mittleren Klasse angehörige Kriegsbeschädigte kann sich höchstens zum Erdgeschoss aufschwingen. Wenn er es bis zum ersten Stockwerk bringt, so muß er schon schlau sein. Meistens wohnt er in Holzbaracken und deckt sie mit Wellblech oder Dachpappe.

Über der große Industrielle, der Schlauberger, logiert in seinen zwei oder drei Etagen, seinen Herrschaftshäusern. Die Vorstadt jedoch, wo die kreditlosen Menschen wohnen, ist schlecht gebaut.

Ich drückte den Leuten mein Erstaunen aus.

„Warum Sie nur ab“, sagten mir diese, „bis man ihnen alle Trics kargelegt haben wird.“

„Die Trics?“

„Nun, es genügt, zu Beginn der Reparationskomödie „Beziehungen“ zu haben und natürlich viel Geld.“

„Was haben Sie festgestellt? Doch nur die großen Geschädigten gezahlt wurden und die kleinen nicht?“

„Die Besitzer großer Werke, Bergwerke und die, die große landwirtschaftliche Besitztümer hatten, wurden fast restlos für die entstandenen Schäden entschädigt.“

„Die Schäden wurden durch diese Leute selbst abgeschätzt. Und sicherlich hat sich keiner unter ihnen selbst betrogen. Sie haben nur Frankreich bestohlen.“

„Das Selbstmitleid an dieser Affäre ist, daß ihre besonderen Verwände beinahe christlich erschienen. Im Norden wurde eine Organisation, die „Union des Sinistrés“ gegründet. Besagte Union hatte sich verpflichtet, die Schäden auszuzeichnen. Sie arbeitete zu Beginn außerhalb der präfektoralen Verwaltung. Unter ihren Mitgliedern befanden sich auch Vorsitzende kantonaler Kommissionen, welche selber schwer geschädigt waren. Um eine Akte aufzufassen, verlangte man weder Urkunde noch Schriftstücke, die das Recht des Geschädigten darlegten. Das regelte man unter sich. Außerdem hatte diese Organisation die Gewohnheit, von den angeschlossenen Geschädigten namhafte Summen zur Herstellung der Akten zu verlangen. Eine Vergütung im Verhältnis zur Größe der Schäden natürlich. Sie werden den Zusammenhang erraten: je größer die Summe, je größer die durch die Union erhobene Vergütung. Darum fand niemand, daß die Schäden zu hoch angegeben wurden. Jemand befahl eine Barasse von 10 000 Frank. Er schwor bei Gott, daß sie 60 000 Frank wert sei. Und man stellte eine Akte auf 180 000 Frank Schaden aus. Und jedermann war zufrieden. Die

Leute, die diese Arbeit leisteten, hatte so gute Beziehungen, daß ihnen alles gelang. Brüder oder Better waren Parlamentsmitglieder des Bloc National, der Poincaré-Partei...“

Ich konnte Zahlen auf Zahlen zitieren. Sie gehen hier von Mund zu Mund. Ein einziges Beispiel möge genügen: Eine Dame aus Lille, Fabrikbesitzerin, stellt eine Schadenersatzforderung von 4000 Frank auf. Die „Union des Sinistrés“ verlangt für sie die Summe von 234 000 Frank.

Diese Sachen sind alt und bekannt. Man wird nun verstehen, warum die praktischen Werte, die wunderbaren Städte über die Holzkiele ragen.

Eines Tages merkte man, daß die Staatskassen trodener waren als ein algerischer Quaed mitten im Sommer. Dann hat die französische Regierung beschlossen, das Gesetz über die Kriegsschäden zu ändern.

„Sparen, sparen!“ hieß es auf einmal. Es war wohl an der Zeit zu sparen, nicht wahr? Man hätte das ganze Geld verpulvert. Es gibt aber noch arme Teufel, die ihre Kriegsschäden, vom Warten ermüdet, an die Herrschaften verkaufen. Einige Frank haben sie dafür erhalten. Die großen Schlunder haben sie natürlich mehrtausendfach verdoppelt.

Das Nürnbergerische Nationaltheater. Es klingt wie ein Märchen oder wie eine amerikanische Schwindelrede; und doch ist es Wahrheit: in Nürnberg ruhete man nicht nur vor einigen Tagen, aber Tagen, die an den Dreißigjährigen Krieg erinnerten, ein Beethoven-Denkmal des heimischen Bildhauers Konrad Roth; in Nürnberg beschließt in diesen Tagen der Stadtrat das Gebäude des alten Stadttheaters, das seit 1904 allen möglichen unakulturellen Zwecken dienste, wieder zu einem Theater erneuert zu lassen. Nürnberg erhält damit sein viertes Theater. Und diese neue Fiskalbehörde des Stadttheaters, von Intendant Mauroch zäh und mühsam erkämpft, erhält ein Haus, das 1833 erbaut, die Aufschrift trägt: Die Stadt den Museen. Da hat Bürgerwitz gesagt: Die Museen der Stadt. Und wer weiß, daß dieses Gebäude an der Stelle steht, an der im Jahre 1799 der unternehmende Gastwirt G. H. Kuersteiner das Nürnbergerische Nationaltheater erbaut, ein Theater von gar nicht schlechter Qualität, das der Stadt manchen Paßsporn abwerben mußte, der hofft, daß nicht der verlockende Kassterrapport des Oktober die Stadträte ihren letzten Beschluß lassen ließ.

Heats — der Gründer der Stausen-Bewegung. Die Verlesung des literarischen Nobelpreises an den irischen Dichter William Butler Heats ist zugleich eine Huldigung für das Trentum und seinen heldenmütigen Freiheitskampf. Heats ist zwar selbst als Politiker wenig hervorgetreten, aber er war und ist die Seele der jung-irischen Bewegung, die in der Befreiung der grünen Insel vom Druck der englischen Verwaltung gipfelte, er ist der Reinschöpfer der festschönen Romantik, die in den Tagen der O'Flanagan schon einmal die Welt erobert hatte. Vor allem aber ist Heats der eigentliche Gründer der Sinnfah-Bewegung, indem er diesen Namen seiner Zeitschrift gab, in der sich das junge Irland die idealen Waffen für die Erhebung schmiedete. Heats hat mit

einigen anderen begeisterten Persönlichkeiten ein irisches National-Theater ins Leben gerufen und auf den unerschöpflichen Quell der Poesie in der Heimat hingewiesen.

Neue Urania-Filme. Oberingenieur Dreger hält in der Urania neue Filmvortrags ab, in denen er im Anschluß an den Oceanfilm, der noch in besser Erinnerung ist, die Einrichtung eines Riesenelektroturms vorschlägt. Im Oceanfilm war gezeigt worden, wie die Schiffe den Hafen sicher erreichen mittels Heben und Senkfeuer. Wie aber ein solches Senkfeuer entsteht und beschaffen ist, das wurde hier im Bild und Wort lebendig. Das Riesenelektroturms von Cap Silleiro wurde als Beispiel gewählt. Der Apparat ist hier in Berlin geschaffen worden, höchste Bewunderung verdient die technische Präzision, mit der die einzelnen Bestandteile der großen Anlage, die in viele kleine Segmente zerlegt ist, zusammengesetzt wird. Das Sparprinzip, das, wie in der Natur, so auch in der Technik, seine Triumphe feiert, ist hier bis aufs feinste durchgeführt. Auch die Bewegung des schweren Apparats erfolgt in spielend leichter Weise, da er auf Quecksilber schwimmt. Ein weiterer Film erläuterte, wie unser fernmännischer Nachwuchs auf Schiffschiffen herangewöhnt wird. Die Schönheit eines viermastigen Segelschiffes — es war eines des Norddeutschen Lloyd — kam hier zu ihrem vollen Recht. Sehr instruktiv waren die Bilder, die das Unterheben, Segelsetzen und Segelrollen erläuterten. Den Schluß des Abends bildeten prächtige Bilder aus Baden-Baden, in denen die romanische Eigenart des Schwarzwaldes sich voll entfaltet. Sämtliche Filme sind unter der Leitung Dregers aufgenommen.

Giftgase gegen Tiere. Heilmittel werden gewöhnlich erst im Tierversuch erprobt und dann beim Menschen im großen angewendet. Mit den Giftgasen scheint es sich umgekehrt zu verhalten. Erst hat man sie mit als scheußlichste Kampfmittel zum Menschenmord benutzt und jetzt untersucht man ihre Verwendbarkeit bei der Bekämpfung schädlicher Tiere. Auf Befehl des Leiters des amerikanischen Militärkontrollwesens werden, wie „Die Umschau“ mitteilt, bei San Marcos in Texas Senfgas, Chlor und Phosgen auf ihre Brauchbarkeit bei der Austrottung der Klapperschlangen geprüft.

Im Oberhaus wird heute wegen Erkrankung der Frau Bienenstock statt „Cavalleria rusticana“ und „Sajassi“ gegeben. Anfang 7, Uhr.

Ludwig Köllner wird im Beethowen-Saal am Montag 8 Uhr „Eugen am Oerthe“ Faust, I und II“ zum Vortrag bringen.

„Die Truppe“ hat das Schauspiel „Wings“ oder die „Freunde in Leiden“ von „Wagner“, das neueste Werk von Robert Mull, dem Alt-Erdstößer 1923, zur Uraufführung angenommen und wird es als nächste Premiere mit Spille Sinder und Rudolf Gortner in den Altekloster herausbringen.

Gegen Augenentzündung und Tuberkulose soll in Rom von Dr. Tomarini ein neues Heilmittel erprobt sein, an das überschüssige Exortungen geknüpft werden.

Entdeckung einer Stollenstadt. Der russische Archäologe Subinin hat bei Ausgrabungen in der Umgegend von Simferopol die Reste einer Stadt aus der Zeit der Sibtherrschafft in der Krain entdeckt. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt und man erwartet wertvolle Funde für die Altertumswissenschaft.

verlange die sofortige Wiederaufnahme der Militärkontrolle unter gewissen noch genauer anzugebenden Bedingungen. Sie drohen auch hier nicht Sanktionen an, verlangen jedoch eine umgehende Antwort Deutschlands und behalten sich vor, wenn die Antwort nicht befriedigt, später weitere Beschlüsse zu fassen.

Hanas meldet nachts, daß die Vertagung der Reichstagskonferenz keine neuen Schwierigkeiten voraussehen lasse. Im Gegenteil sei es wahrscheinlich, daß morgen ein Einverständnis erzielt werde. Auch der Reichstagspräsident habe noch nicht die Instruktionen seiner Regierung erhalten.

Englischer Kohlenkredit.

Sicherheits-Hypothesen auf staatliche Gruben.

Die Londoner Verhandlungen zwischen den Vertretern englischer Firmen und den Vertretern des Verkehrsministeriums des Eisenbahnenministeriums, des Kohlenministeriums, der Kohlenindustrie, des Finanzministeriums (Schwarzwald) und der Finanzgruppe Reichsbank über einen Kohlenkredit an Deutschland sind endlich zum Abschluß gekommen. Die englischen Kontrahenten stellen ein Darlehen von 3 Millionen Pfund zur Verfügung, das aber nur nach Maßgabe der tatsächlichen Industrieleistungen durch Deutschland in Anspruch genommen werden darf. Deutschland hat Sicherheitsleistungen geben müssen, so u. a. eine erste Hypothek auf unerschlossene Braunkohlenfelder bei Bitterfeld und Lubbenau. Weiter soll die Kaliumindustrie Exportzölle zur Rückzahlung des Kredits zur Verfügung stellen.

Der Vertrag wird augenblicklich in der Öffentlichkeit stark kritisiert. Ohne Zweifel ist der Import englischer Kohle, besonders die eventuelle Abgabe von Kollaborationszöllen eine schwere Belastung für die deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Wirtschaftskreis. Jedoch handelt die Reichsregierung aus einer gewissen Zwangslage heraus, da aus der deutschen Förderung nur 350 Tonnen, die man allerdings jetzt auf 550 Tonnen steigern zu können glaubt, zur Verfügung stehen, während sie monatlich gut 1 000 000 Tonnen braucht. Selbstverständlich muß sich die deutsche Wirtschaft unter Ausnutzung aller Kraft von dem Bezug englischer Kohle unabhängig machen. Zu unterziehen wäre in diesem Zusammenhang auch, inwiefern sich die reichlich vorhandene Industriekohle und die mitteldeutschen Braunkohlenfelder, die von den Sachverständigen empfohlen werden, für die Lokomotivheizung benützt werden können, um den englischen Import zu reduzieren.

Diese Überlegung hat aber sehr wenig mit der erwähnten Kritik zu tun, die sich sogar unter dem Hinweis, die verpflichteten Braunkohlenfelder könnten an englische Interessengesellschaften fallen, bis zur Aufhebung einer parlamentarischen Interpellation verdrängt hat. Man führt sie auf das richtige Maß zurück, wenn man in Betracht zieht, daß die Angriffe aus Kohlenimporturteilen kommen, die bis jetzt das profitable Geschäft mit der Reichsbahn gemacht haben und durch den abgeschlossenen Vertrag ausgeschlossen worden sind. Zu diesen Kohlenimporturteilen gehört bekanntlich auch die Firma Hugo Stinnes. Die Einführung dieser Kreise über den Vertrag mutet um so schärfer an, als sie den von der Reichsbahn beanpruchten Kohlenkredit ablehnen und ihn nur unter der Bedingung gewährleisten wollen, die Reichsbahn in eine andere, dem Geschmack des Herrn Hugo Stinnes genehme Wirtschaftsförmigkeit zu überführen. Hinter ihren Angriffen steht also weniger die Sorge um das Staatseigentum als die Wut über ein entgangenes Geschäft und eine mißglückte manipulative Kalkulation.

Amerikanisches Kreditangebot.

In Berlin sind mehrere amerikanische Farmer eingetroffen, die bereit sind, der Reichsregierung bei genügend sicherem Waren-, insbesondere Getreidekredit zu geben. Es handelt sich vorläufig ausschließlich um Warenkredite in Höhe von einer Million Goldmark. Das Ergebnis der von den Farmern angestrebten Verhandlungen hängt ausschließlich von den zu bietenden Sicherheiten ab.

Hierzu melde die Export-Korr., Schwierigkeit habe es bereitet, daß die Amerikaner Preise verlangten, die noch etwas über den Weltmarktpreis lagen, und weiterhin besondere Rabatte auf deutsche Käselieferungen. Jedoch werden diese Differenzpunkte nicht mehr für so erheblich gehalten, daß sie ein endgültiges Zustandekommen des Abkommens noch länger hinauschieben könnten. Es handelt sich um Lieferung von Weizen im Werte von 50 Millionen Dollar. Dafür soll eine Kaufmenge im gleichen Werte geliefert werden, und zwar auf einen größeren Zeitraum als ein Jahr, da der amerikanische Kalibedarf stark zurückgegangen ist.

Deutsch-russischer Getreideverkehr.

Nach der Export-Korr. sind die Ergebnisse des deutsch-russischen Getreide-Austausch-Abkommens durchaus zufriedenstellend. Die Reichsgetreidestelle ist mit den Roggenlieferungen, die im Werte von 50 Millionen Goldmark von Rußland in Aussicht gestellt worden sind, außerordentlich zufrieden. Die Bezahlung erfolgt teilweise in deutschen Industrieerzeugnissen, der Rest in Devisen.

Die dänische Kinderhilfe.

Kopenhagen, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag hat dem unter Leitung des sozialdemokratischen Abgeordneten J. P. Nielsen stehenden Hilfskomitee für notleidende Kinder in den vom Krieg heimgekehrten Ländern 35 000 dänische Kronen bewilligt. Ein Privatmann in Kopenhagen hat dem gleichen Komitee 20 000 Kronen gespendet.

Diese neue Kräftigung der schon so lang und so rühmlich bewährten dänischen Hilfsbereitschaft gehört auf die Ehrenliste der Zeitgeschichte. Wir begrüßen unseren neuen Freund, den Kinderhelfer Nielsen, zu diesem neuen Erfolg seiner unermüdeten Tätigkeit auf dem Gebiet der Menschenfreundlichkeit und Kinderrettung.

Württembergische Landesversammlung.

Am gestrigen Sonntag fand in Stuttgart unter Leitung des Landesvorsitzenden Genossen Hoffmann eine außerordentliche Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie statt, die trotz der ungünstigen Zeitumstände von mehr als 200 Teilnehmern besucht war. Sie diente der Aussprache der Parteimitglieder aus dem Lande über die politische Lage im Land und Reich, worüber die Genossen Wels vom Parteivorstand und Keil vom württembergischen Landesvorstand einleitende Referate hielten. Genosse Wels gab in 1 1/2 stündigem Vortrag ein umfassendes Bild von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre und legte die Gründe dar, die für die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion entscheidend waren. Die Reaktion sei eine internationale Erscheinung und finde in Deutschland in dem Druck der französischen Gewaltpolitik besonders reichliche Nahrung. Es sei hier aber auch von den Novembertagen 1918 an durch eine sinnlose Wirtschaftspolitik des Einradikalismus, die nur nach Moskauer Diktaten handle, in die Hände gearbeitet worden. Sehr scharf wandte sich Wels gegen die Kapitalverwertungs- und Kommunismethoden, die die gegebenen Machtverhältnisse ignorieren und für die Arbeiterbewegung die Gefahr heraufbeschwören, um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden. Auch die ungeschickte Kritik an der Politik der Fraktionsmehrheit, die von dem Genossen Dr. Levi und dem um ihn sich gruppierenden Kreis in der Partei-

presse getrieben wird, fand durch Genossen Wels eine scharfe Zurückweisung und Widerlegung. Er warnte davor, die Parteiführung verantwortlich zu machen für Dinge und Entscheidungen, die in der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Gesamtsituation begründet sind, und mahnte zum vertrauensvollen Zusammenarbeiten nach den Geboten der politischen Vernunft.

Der Vortrag des Genossen Keil stellte eine scharfe Kritik der Politik des württembergischen Innenministeriums dar, das in den letzten Monaten mit größter Schärfe den Einradikalismus verfolgte, dem immer dreister auftretenden Radikalismus aber die Fügel schloß. Erst in der letzten Woche unternahm die württembergische Polizeiverwaltung kriegsmäßig ausgerüstete Expeditionen nach den Schwarzwaldgebirgen Schramberg und Schwemningen und ließ ihre von rechtsradikalen Hilfsmannschaften durchgeführten Polizeirazzien in der provozierendsten Weise mit Gummiknüeten, Maschinengewehren und Panzerautos auf die friedfertige Arbeiterbevölkerung los, wobei es in Schwemningen einen Toten und zahlreiche Verwundete, darunter auch Kinder, gab. Es scheint, als ob diese Aktionen unter dem Einfluß der Radikalspartei unternommen worden seien zu dem Zweck, den Riß zwischen der gegenwärtigen Minderheitsregierung der Mitte und der Sozialdemokratie zu verbreitern und den Deutschnationalen auf dem Umweg die Tür zur Regierung zu öffnen, die ihnen bisher verschlossen blieb. Genosse Keil zeigte sich auch mit dem Zentrumsminister Begeerte auseinander, der die Sozialdemokratie als ungeeignet zur Teilnahme an einer Regierung bezeichnet hatte, die noch allen Seiten hin zufließen müsse. Genosse Keil bedauerte Herrn Begeerte, daß er heute wahrscheinlich nicht württembergischer Justizminister wäre, wenn die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder im Reich und in den Ländern nicht immer nach allen Seiten zugegriffen hätten. Der Redner betonte schließlich, daß endlich Klarheit über das Verhältnis der württembergischen Regierung zu den Parteien geschaffen werden müsse, und daß die Sozialdemokratie ebenso zur verantwortungsvollen Mitarbeit im Staat unter der Voraussetzung eines ihr zu gewährenden ausreichenden Einflusses bereit sein müsse wie zum schärfsten Kampf, wenn er ihr aufgezwungen werde.

In einer 3/4 stündigen lebhaften Debatte kamen sodann alle tatsächlichen Anschauungen innerhalb der Partei ausgiebig zum Vort. Der Standpunkt der Opposition wurde von der Abgeordneten Genossin Ziegler und den Genossen Robert Dörmann, Fritz Herber, Stuttgart, Käthe Heilbronn u. a. mit aller Schärfe vertreten, während die Politik der Fraktionsmehrheit von den Genossen Hilbrund, Flügel und Ulrich-Heilbronn gerechtfertigt wurde.

Zwei Resolutionen wurden eingebracht, von denen die eine die Politik der Fraktionsmehrheit ablehnt und die Teilnahme der Partei an der großen Koalition verurteilt, während die andere die Gründe würdigt, von denen die Politik der Fraktion geleitet wurde, anerkennt, daß Parteivorstand und Fraktion mit allen Kräften die Koalition einzudämmen versuchten, alle separatistischen Bestrebungen verurteilt, von der württembergischen Regierung ein scharfes Einschreiten gegen alle auf die Reichseinheit abzielenden rechtsradikalen Bestrebungen fordert und schließlich die Parteigenossen des Landes zum vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit ihren Vertretern im Kampf gegen den politischen Rückschritt und die wirtschaftliche Verelendung auffordert.

Die zweite Resolution wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen und darauf die erste zur erledigt erklärt. Einstimmige Annahme fand noch eine scharfe Protestresolution gegen das Vorgehen der Polizei in Schramberg und Schwemningen. Die von frischem Kampfgestirnte Landesversammlung fand mit einem anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden Hoffmann und einem begeisterten Hoch auf die Partei einen harmonischen Abschluß.

Strefemanns Sieg.

Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen, sagte der „Lokal-Anzeiger“.

Es ist nicht alles Gold was glänzt, und ob die Fähigkeit, in großen Versammlungen rednerische Erfolge zu erzielen, gleichbedeutend ist mit der Gabe, mit Energie die starken Widerstände der Schwachindustrie zu brechen, das muß sich zeigen. Vorläufig ist das Verhalten der reaktionären Blätter bis zur „D. A. Z.“ sicher nur ein Zeichen dafür, daß die Herrschenden heute schweigen, um morgen um so lauter und energischer vorzutreten. Die Schwäche der Strefemanns Partei liegt darin, daß auch die Vertrauensresolution scharfe Klarheit vernichten läßt und schließlich alles auf die Person Strefemanns konzentriert, der uns als Kanzler unbedingt erhalten bleiben müsse. Die „Völkische Zeitung“ berichtet das Ergebnis der parteipolitischen Tagung:

„Die Sitzung des Zentralvorstandes hat jedenfalls nicht mit dem Austritt der Opposition, nicht mit der Spaltung der Partei, nicht mit der reinlichen Scheidung der Geister geendet.“

Die wenig reinliche die Scheidung ist, zeigt sich in der Auslegung der angenommenen Resolution. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt, daß damit die Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts ausgeschlossen ist, während die „Völkische“ umgekehrt die Reserve des rechten Flügels am Sonntag mit der entgegengekehrten Auslegung begründet:

„Wieseltail weiß sich der rechte Flügel damit zufrieden gegeben hat, daß der Zentralvorstand sich, wenn auch in indirekter Form, zu einer Koalition mit den Deutschnationalen bereit erklärt habe. Denn unter der größeren Waffe für das Kabinett, von der in der Resolution die Rede ist, kann man nach Lage der Dinge doch wohl nur die bürgerliche Koalition mit Einschluß der Deutschnationalen verstehen, die die Herren Quack und Marek, die Schwerindustriellen, Beauftragten im Kampf gegen den „Marxismus“ und die „jüdische Presse“ (das „Lageblatt“) behauptet, sie seien selber Juden!“

Die Herren Quack und Marek, die Schwerindustriellen, Beauftragten im Kampf gegen den „Marxismus“ und die „jüdische Presse“ (das „Lageblatt“) behauptet, sie seien selber Juden! werden jedenfalls nicht aus der Partei austreten. Als Grund wird vom „Lageblatt“ angegeben:

„Man glaubt das, da man einzelne der in Betracht kommenden Persönlichkeiten als Hochposten der Deutschnationalen bzw. der Völkischen betrachtet und der Meinung ist, daß sogar Anweisungen seitens dieser Parteien vorliegen.“

Diese „Hochposten“, denen die ganze Scherl- und Stinnes-Presse zu ihren Angriffen zur Verfügung steht, haben aber unzweifelhaft die stärksten Bataillone in den internen Beratungen für sich. Der „Lokal-Anzeiger“ trüffel sich deshalb auch mit dem Hinweis auf das Gewicht der 11 oppositionellen Stimmen, die man nicht zählen, sondern wägen müsse. Und wer wägt mehr als Hugo Stinnes? Sicherlich niemand. Für den „Lokal-Anzeiger“ wenigstens steht fest, daß das „Direktorium“, das allerrettende — tr. Strefemann — doch kommen müsse. Es wird wohl nicht lange dauern, bis Strefemann sich gegen die Hydra erneut wehren muß.

Eine Erklärung Zeigners.

Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner bittet uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

„Die bürgerliche Presse veröffentlicht Mittelungen über ein gegen mich schwebendes Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren werde ich Rede und Antwort stehen und es wird sich ergeben, daß alle Mittelungen hörsamer Entstellungen oder politische Tendenzbehauptungen sind. Ich habe nicht für amtliche Handlungen geldliche oder geldwerte Entschädigungen erhalten.“

Dr. E. Zeigner

Dr. Wirths Erkrankung. Im Befinden des erkrankten früheren Reichstanzlers Wirth hält die Besserung an.

Völkische Verbände.

Konkurrenzuntersuchen gegen Vaterländische?

Die SS-Korrespondenz meldet: Veranlaßt durch die Ereignisse in München, haben sich zahlreiche große völkische Verbände zu einem „Reichsaussschuß völkischer Verbände“ zusammengefasst und zum Vorsitzenden den Führer des Reichsbundes völkischer Kampfgenossen, Karl Fahrenhorst, gewählt. In einer am Montag, den 19. d. M., stattgefundenen Vertreterversammlung wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Der Reichsaussschuß völkischer Verbände verurteilt die Segestes-Tat (wie viele „Völkische“ wissen eigentlich, wer Segestes war?) der Herren Kohr und Lössow auf das schärfste. Diese beiden Männer sind als feige Männer des Wortbruchs für alle Zeiten gerichtet. Der Reichsaussschuß völkischer Verbände spricht dem General Ludendorff seinen herzlichsten Dank aus für die opfermutige Tat in München. Er hält es für selbstverständliche Pflicht, daß sich alle völkischen Verbände treu und fest hinter Czajkowsky Ludendorff und Adolf Hitler stellen, die uns führen werden zum Siege über alle unheimliche und internationale Macht.“

Rupprecht will noch nicht.

München, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wollte ein Bericht in München von einer am Samstag abgehaltenen nationalrevolutionären Offiziersversammlung wissen, die eine Deputation an den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht geschickt habe, um ihn zur Ausübung der Ronarchie zu veranlassen. Nach einer halbamtlichen Feststellung handelt es sich um eine Versammlung des Nationalverbandes deutscher Offiziere, Landesgruppe Bayern, in der ein Schreiben Rupprechts verlesen wurde, das auf nachdrücklichste den Bericht entgegentritt, als sollte in Bayern demnach die Ronarchie ausgerufen werden.

München, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsbank hat für das rechtsrheinische Bayern einen weiteren Kredit zur Kartoffelbeschaffung in Höhe von 1200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Bis zum 15. November sind etwa 2300 Waggons mit 650 000 Zentner Kartoffeln aus Norddeutschland nach Bayern eingeführt worden gegenüber 233 Waggons mit 58 000 Zentnern im Vorjahre.

Der Lübecker Senat hat den Vorkonkurs über das Mißtrauensvotum der Bürgerschaft gegen den Gesamtschat auf den 6. Januar festgesetzt.

Wirtschaft

Die Ausgabe der Rentenmark.

Seit fünf Tagen ist die Rentenmark in den Verkehr gegeben worden und weite Kreise der Arbeiterschaft haben von ihr noch nichts zu sehen bekommen. Wohllich wie es mit der Goldanleihe geschah, halten auch jetzt die glücklichen Besitzer wertbeständigen Geldes dieses nach Möglichkeit zurück, um damit Ersparnisse für größere Anschaffungen machen zu können. Das wertbeständige Geld bietet ja überdies auch den Vorteil, daß es bei Wareneinkäufen meist mit hohen Rabatten in Zahlung genommen wird, während der Papiermarkempfänger den vollen, meist überhöhten Goldpreis zu zahlen hat.

Die Ausgabe der Rentenmark erfolgte bisher größtenteils auf dem Wege über Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte des Reiches, die zunächst 30 Prozent ihrer Bezüge in Rentenmark erhalten. Für diese Zwecke muß das Reich den verzinslichen Kredit, den die Rentenbank ihm zu geben verpflichtet ist, in Anspruch nehmen. Davon hat es bisher 300 Millionen Rentenmark beanprucht.

Daneben hat aber das Reich auch ein Anrecht auf einen Kredit, der bis zu 300 Millionen Rentenmark betragen kann und für den es keine Zinsen zu entrichten braucht. Diese Rentenmarkkredite dienen insbesondere der Ablösung der Papiermark durch Rücklauf. Zunächst hat das Reich dafür 50 Millionen als erste Rate in Anspruch genommen und davon von vornherein 20 Millionen für bestimmte Kreise des Lebensmittelhandels reserviert. Der Rest soll zum Umtausch in Papiermark verwendet werden, der auf dem Wege des Verkaufes von Rentenmark bei der Reichsbank bereits begonnen hat. Daß sich dabei wieder die alte Erscheinung zeigt, daß einzelne Rentenmark zu homitern suchen, ist bedauerlich. Schuld daran trägt vor allem der Umstand, daß man noch nicht Rentenmark bereitgestellt hat, um die Möglichkeit des Samsterns zu unterbinden und daß man noch immer keinen festen Umtauschkurs zwischen Rentenmark und Papiermark bestimmt hat. Eine zweite Rate von 50 Millionen Mark hat das Reich neuerdings wieder auf den unverzinslichen Rentenmarkkredit erhoben, von denen 30 Millionen Mark bei der Reichsgetreidestelle reserviert werden. Diese tauscht die bei ihr eingehenden Papierenbeträge in Rentenmark um und bezahlt mit der letzteren die Landwirtschaft.

Da es der Zweck der Rentenmark ist, zunächst den Warenverkehr wieder zu beleben und insbesondere die Ernte vom Land in die Städte zu schaffen, ist nichts dagegen einzuwenden, wenn man das wertbeständige Zahlungsmittel in erster Linie an den Stellen ansetzt, wo sie der Nahrungsmittelversorgung nutzbar gemacht werden kann. Doch über darüber die Interessen der Produktion leiden müssen, wenn in Zeiten wilder Preischwankungen die große Masse des arbeitenden Volkes noch immer ohne wertbeständiges Geld ist, liegt auf der Hand. Die Aussicht, daß auf dem Wege des Kreditverkehrs Rentenmark rasch auch an die Arbeitnehmer gebracht werden kann, hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt, weil Rentenbank und Reichsbank sich über die bei der Kreditgewährung entstehenden Gewinne noch nicht geeinigt haben. Die Rentenbank möchte natürlich viel davon haben, um ihren Anteilseignern, Industrie, Handel und Landwirtschaft die Zahlung der Zinsen für die Rentenbriefe zu ersparen. Die Gewinne der Rentenbank kommen nämlich zu einem wesentlichen Teil ihnen als Dividende zu. Zu wünschen ist, daß man sich endlich über diese Frage verständigt, und zwar in einer Form, die verhindert, daß etwa die Rentenbank neben der Reichsbank eine eigene Geldpolitik treibt.

Die Großbanken sind bereits dazu übergegangen, Rentenmarkkonten einzuführen, die abgesehen von den Zinsen ebenso wie Papiermarkkonten behandelt werden.

Reichsbank. Der Entwurf der Reichsbank von Ende Oktober zeigt bei unverändertem Goldbestand ein Anwachsen des Notenumlaufes um 2 auf 2,5 Trillionen Mark an. Der Bestand der Reichsbank an Schatzanweisungen des Reiches hat sich noch härter, nämlich um 5,9 Trillionen Mark vermehrt und betrug am 31. Oktober 6,53 Trillionen Mark.

Ohne Drohen keine Ware. Die Betriebsgesellschaft deutscher Baumwollspinnfabriken hat beschlossen, die Warenabgabe entsprechend der geringen Leistung der Devisen an der Börse einzuschränken. Auch sonst werden die Zahlungsbedingungen verschärft. Die Weigerung der Warenabgabe läuft darauf hinaus, auf die Regierung und auf die Abnehmer einen Druck auszuüben, ihnen erhöhte Devisenmengen zur Verfügung zu stellen. Soweit sich dieser Druck gegen die Abnehmer richtet, ist er, da für Papiermark ein Annahmeweg besteht, gesetzlich unzulässig. Wir sind gespannt, ob man gegen diese Form der Preisüberbiete und Warenzurückhaltung bei einem Kartell mit dem notwendigen Nachdruck vorgehen wird. Den Abnehmern ist jedenfalls auch durch das neue Kartell gejeht eine wichtige Handhabe hierfür gegeben.

Ein bescheidenes Amtsgericht.

Es ist unbegreiflich, warum die Leute soviel darüber schimpfen, daß sie an den Postkästern lange Schlangen bilden müssen. Wenn man in so einer Schlangenschlange eine halbe bis eine Stunde warten muß, so ist das das beste Zeichen dafür, daß die Verwaltung auf ehrliche Weise bemüht ist, an Beamten zu sparen. Als Staatsbürger hat man unter dem Belagerungszustand die Pflicht, so etwas warm anzuerkennen. Man kann, wenn man in so einer Schlange steht, doch mancherlei Lehrreiches erleben, z. B. dieses: Ein junges Mädchen, Angestellte einer Handelsfirma, kommt mit einem tabellos ausgefüllten Einzahlungsformular zum Schalter. Der einzuzahlende Betrag lautet über 120 000 Mark, in Worten hundertzwanzigtausend Mark, oder, um ganz deutlich zu sein, hundertzwanzigtausend Papiermark. Der Beamte erklärt laut Vorschritt, daß er einen so kleinen Betrag nicht annehmen könne. Eine Million muß es mindestens sein. Das junge Mädchen: „Das Gericht verlangt es doch aber so.“ Der Beamte: „Es hilft nichts, unter einer Million nehme ich nichts an.“ Das junge Mädchen: „Gut, ich werde also eine Million einzahlen. Verbessern Sie doch, bitte, den Betrag.“ Der Beamte erklärt, das gehe nicht. Er reicht ihr ein Formular heraus, das sie nun aufs neue ausfüllen muß. Das junge Mädchen muß aus der Schlange heraus und ist verzweifelt. Als Ehrenmann kann man ein verzweifelt junges Mädchen nicht ohne Mitleid sehen. Man erkundigt sich und erfährt, daß ein Berliner Amtsgericht von der betreffenden Firma als Kostenvorschuß für einen zu eröffnenden Prozeß den Betrag von 120 000 Mark eingedient habe. Zur Zusendung dieser Aufforderung hat besagtes Berliner Amtsgericht ein Porto von 500 Millionen Mark verbraucht. Geschehen ist das am 5. November 1923. Man unterlasse sich nicht, auch nur entfernt einen häßlichen Gedanken gegen das Amtsgericht zu fassen.

Blaue Milch.

Gefängnisstrafe für eine Milchpantöscherin.

Ein Urteil, das wegen seiner Schärfe in Konsumenten- und Händlerkreisen Aufsehen erregen dürfte, sollte soeben die 191. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte gegen eine Lebensmittel-fälscherin. Während bisher gegen Nahrungsmittelfälscher immer auf Geldstrafe erkannt zu werden pflegte, die in keinem Verhältnis zu dem durch die Betrügereien eingestrichenen Gewinn stand, gehen die Gerichte jetzt endlich dazu über, empfindliche Denzettel zu erteilen.

Bei den Kunden der Milchhändlerin Charlotte Deginus hatte es seit langem Unwillen erregt, daß die ihnen verkaufte Milch ein bläulich-wässriges Aussehen hatte. An verschiedenen Tagen eilten die Frauen sofort mit ihren Milchtopfen zur Postgemache und ließen den heutzutage so kostbaren Inhalt untersuchen. Die Proben ergaben, daß die Milch stark verfälscht war, da sie 10 bis 12 Proz. Wasserzutat enthielt. Die wegen Nahrungsmittelverfälschung angeklagte Milchhändlerin wollte keine Abnung haben, wie die Milch zu dem Wasserzutat gekommen sein könnte und kam mit der faulen Ausrede, daß es Regenwasser sein müsse, der durch die Dede durchgetropft sein müsse. Das Schöffengericht war der Meinung, daß gegen derartige Verfälschungen eines der wichtigsten Nahrungsmittel, die die Gesundheit der Säuglinge und Kranken auf das äußerste gefährden, nur die strengste Strafe am Plage sei. In Anbetracht der Gemeingefährlichkeit und Berwerflichkeit der Handlungsweise wurde Frau Deginus zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und sofort aus dem Gerichtsjaal in das Gefängnis abgeführt.

Entartete Sprößlinge der Aristokratie.

Zwei Sprößlinge hochangesehener Münchener Familien hatten sich vor der Strafkammer des Landgerichts II wegen Betrug und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Die Angeklagten waren der 20jährige Freiherr Ewald v. Dungen, aus einer altberühmten Gelehrtenfamilie, und der gleichaltrige Fritz Kupper, der Sohn eines Münchener Großindustriellen. Die jungen Leute hatten eine Reise nach Berlin unternommen und hier sehr vergnügt gelebt. Als ihnen das Geld ausging, erschienen sie bei einem Strohhaubeinstallateur und gaben sich als Beauftragte des Hotels Eplanade aus. Im angeblichen Auftrage des Hotels kauften sie für viele Millionen Glühbirnen, die sie mit einem vom Hotel Eplanade unterschriebenen Scheck bezahlten. Darauf gingen sie zum Hotel Eplanade und ver-

kauften die Glühbirnen gegen bar. Als der Installateur den Scheck in Zahlung gab, stellte sich die Fälschung heraus. Beide Angeklagten haben bereits in München Bestrafungen wegen ähnlicher Betrügereien erlitten. Die Betrüger haben, den Angeklagten, die hochgradig minderwertig sind, noch einmal mildernde Umstände zubilligen, und sie hatten trotz der Vorstrafen damit auch Glück. Das Gericht verurteilte sie, um sie noch einmal vor Zuchthaus zu bewahren, zu je neun Monaten Gefängnis.

Schließung der geburtsärztlichen Polikliniken?

Der preussische Staat unterhält in Berlin mehrere geburtsärztliche Polikliniken in der Charité und in der Frauenklinik in der Artilieriestraße. Hier stehen fach- und sachkundige Ärzte (nicht Studenten, wie vielfach angenommen wird) geburtsärztliche kranken Frauen hilfsbereit zur Verfügung. Bedingung ist nur, daß eine Hebamme zugegen ist. Die Behandlung ist kostenfrei. Nur das Fahrgehalt für die Straßenbahn nach und von der Wohnung der Patientin und die Ausgaben für Medikamente usw. werden berechnet. Bei Mittellosigkeit, Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit werden weder Fahrgehalt noch Auslagen für Apothekermarken zurückverlangt. In dringenden Fällen kommen die Ärzte per Automobil unentgeltlich. Dieser segensreichen Einrichtung droht Gefahr, denn die Polikliniken erfordern vom Staat große Zuschüsse. Den Sparmaßnahmen, die vor-

Das Partei-Notopfer für Berlin

wird zum Kampf gegen die politischen Mordanschläge von rechts, wie zur Umkehr der gesamten Reaktion überhaupt, dringend gebraucht. — Die Kassen der Verschwörer werden aus großspitalistischen und agrarischen Quellen reichlich gespeist. — Unsere Kassen müssen daher auch gestärkt werden.

Geldsendungen für den Kampffonds überweise man auf Post-scheckkonto 48743 an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

genommen werden, sollen nun die Polikliniken zum Opfer fallen, d. h. sie sollen geschlossen werden, wenn nicht nachweisbar ein dringendes Bedürfnis zu ihrer Erhaltung besteht. Hier kann von den Frauen der unermittelten Schichten viel zur Erhaltung der Polikliniken getan werden. Sie müssen darauf dringen, daß die Hebammen die notwendige ärztliche Hilfe bei Entbindungen aus einer dieser Polikliniken anfordern. Werden die Polikliniken rasch in Anspruch genommen, so daß der Beweis des dringenden Bedürfnisses auch weiterhin, und dann erst recht erbracht wird, so müssen diese Einrichtungen erhalten bleiben. Bei der zunehmenden Verelendung sollte übrigens der Nachweis des dringenden Bedürfnisses ohne weiteres erbracht sein.

Uebertrieben hohe Eierpreise in Berlin.

In unserer Sonntagausgabe machten wir von einer Preisnotierung für Eier Mitteilung, die mit 82 Goldpfennigen für das Ei sehr hoch erschien. Der Amtliche Preisdienst erklärt dazu, daß diese festgesetzten Eierpreise keine amtlichen Preise im Sinne des § 3 Absatz 3 der Preistreueverordnung vom 13. Juli 1923 sind. Sie unterliegen wie jeder andere Preis der Nachprüfung durch die Wucherpolizei. In Rücksicht auf die exorbitante Höhe dieser festgesetzten und bekanntgemachten Eierpreise wird eine Nachprüfung in besonders scharfer Weise erfolgen. Im übrigen sei bemerkt, daß auch die Preise, die über Hülsen und Gemüse verbreitet werden, keine amtlichen Preise sind.

Das Abenteuer eines Kriegsveteranen.

Eine grobe Ausschreitung gegen einen Schwerkriegsverletzten beschäftigte in längerer Verhandlung die Berufungskammer des Landgerichts I. Die Polizeioberwachmeister Max Habermann und Paul Witz waren vom Schöffengericht wegen Mißhandlung des Kriegsveteranen Jersch zu Gefängnisstrafen, und zwar Habermann zu fünf Monaten und Witz zu drei Monaten verurteilt worden. In der Nacht zum 2. Juni 1921 hatte sich auf dem Grauburger Platz gelegentlich der Festnahme eines Ausschüßers eine Menschenansammlung gebildet. Habermann hatte aus der Menge den Kriegsveteranen herausgegriffen, weil er behauptete, daß Jersch die Menge gegen die Beamten aufgeführt habe, was dieser entschieden bestritt. Jersch, ein Invalide mit einem Bein, wurde zur Wache gebracht und er soll nun auf der Wache schwer mißhandelt worden sein. Auf Grund der vom Rechtsanwalt Dr. Aras-

gestellten Zeugen hielt das Gericht einen Nachweis dafür, daß Witz sich an den Mißhandlungen beteiligt habe, nicht für erwiesen und sprach diesen mangels Beweises frei. Das Urteil gegen Habermann wurde vom Berufungsgericht bestätigt.

Der Börsenvertreter.

Sie jagen ihn niemals wieder.

Ein „netter“ Vertrauensmann war ein 25 Jahre alter Kaufmann Hans Frey aus der Turmstraße 45, der bei einer Bank in der Mauerstraße angestellt war. Frey, der mit Börsengeschäften Beschäftigung suchte, empfahl allen Leuten, die er schon kannte und die er neu kennen lernte, ihm ihre Effekten anzuvertrauen, damit er sie in ihrem Interesse besser verwende als sie selbst es könnten. Sein gewandtes Auftreten und seine sachverständige Ausführungen verschafften ihm um so eher Vertrauen, als er den Leuten erspiegelte, er sei „Mitinhaber einer Bank“ in der Mauerstraße und deren „Börsenvertreter“. Man vertraute ihm Hunderte von Millionen in Effekten an und sah sie niemals wieder. So wurden viele Leute um ihr ganzes Hab und Gut gebracht. Einige wurden in der letzten Zeit mißtrauisch und verlangten Abrechnung. Frey aber wußte immer wieder Zeit zu gewinnen. Endlich gingen die Zweifler nach der Mauerstraße, um sich auf der Bank selbst noch dem vermeintlichen Mitinhaber umzusehen. Da wurden ihnen dann als wirklicher Mitinhaber ein ganz anderer Mann vorgestellt, und so kam der ganze Schwindel endlich ans Licht. Frey hatte sich Formulare der Bank angeeignet und mißbraucht, um seine Opfer noch sicherer zu machen. Bevor man ihn fassen konnte, muß er sich überzeugt haben, daß sein Spiel verloren war. Er verließ mit seiner Frau, die ihm erst kürzlich angetraut war, seine Wohnung und verschwand auch aus Berlin. Nach gewissen Anzeichen ist das Paar nach der Schweiz durchgebrannt.

Geburten und Sterbefälle in Berlin.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat aus der Berliner Statistik einige Hauptzahlen zusammengestellt. Den Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik entnehmen wir, daß im Jahre 1922 die Zahl der Lebendgeborenen sich auf 45 690, die der Gestorbenen aber auf 62 984 belief. Die Geburten waren so spärlich, daß sie in dem Jahre um 7298 hinter den Sterbefällen zurückblieben. Im Jahre 1923 wird, soweit sich das schon jetzt übersehen läßt, die Differenz noch größer werden und der Verlust etwa 12000 betragen. Vor dem Kriege war in dem damaligen Berlin mit rund 2 Millionen Einwohnern die Zahl der Geburten fast ebenso groß (1910, 1911, 1912, 1913: 44 191, 43 800, 42 666, 40 846 Lebendgeborene), wie jetzt in dem neuen Berlin mit rund 4 Millionen Einwohnern!

Wem gehört der Stoc?

Zu dem Mord in Steglitz, dem der Ruffeldirektor Gero als zum Opfer fiel, wird mitgeteilt, daß die Mordkommission verschiedene Spuren verfolgt und auch mehrere Verdächtige festgenommen hat. Diese mußten aber alle wieder entlassen werden, nachdem sie ihr Alibi nachgewiesen hatten. Ueber die Herkunft des Stoces, den der Mörder aus der Ueberfallstelle zurückgelassen hat, ist noch nichts ermittelt. Es ist ein guter Zuckerkuchen mit abgenutzter Hornzwinge, der einmal teuer gewesen sein muß. Der Stoc ist jetzt beim Kasse-Verlag gegenüber dem Rathaus in Steglitz ausgestellt. Er spielt für die Aufklärung des Verbrechens eine große Rolle.

Die Groß-Berliner Frage.

Im Ausschuß Groß-Berlin des Preussischen Landtages wurde am Freitag die Frage der Ausgliederung, insbesondere der Ausgliederung von Spandau, Cöpenick und anderen behandelt. Da die Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist, beschloß man, noch neues Material anzufordern.

Die Strafreinigungskosten der Mieter.

Demnächst werden zum ersten Male von allen Groß-Berliner Mietern die Beiträge zu den Strafreinigungskosten erhoben, und zwar für die Zeit vom 1. April bis 30. November. Groß-Berlin ist in vier Reinigungsklassen eingeteilt. Die Klassen 1 und 4 sind die teuersten. Der Beitrag wird berechnet nach der Meterzahl der Straßenfrontlänge des Grundstücks. Inzwischen sind natürlich auch diese den Mietern angelegten Daumhaken der Geldentwertung eingepaßt. Für November ist der Mieter in Klasse 1 auf 10, Klasse 2 auf 4, Klasse 3 auf 2, Klasse 4 auf 100 Milliarden berechnet worden. Erstmals wird noch ein Veranlagungsscheibchen zugestellt, für die Folgezeit nur der Multiplikator öffentlich bekanntgegeben.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Und einer nach dem anderen kam an; in der einen geschwollenen Faust hatte er einen zusammengeknüllten Briefumschlag, in der anderen einen Bogen Papier mit blauen Linien, — den hatten sie für zwei Vere im Kramladen gekauft, als sie eines Tages an Land hatten bleiben müssen. „Schau her . . . du mußt auch für mich ein paar Worte hinschreiben, ja?“ Und alle wollten geschrieben haben, daß sie hinsichtlich des Fangs nicht klagen könnten, — aber das fügten sie alle ganz leise hinzu, indem sie sich tief zu ihm niederbeugten.

Es kam etwas Verlegenes über diese schwerfälligen Seeleute, als sie nun aus der Kiste einen Geldschein holen mußten, so daß die anderen es sahen, und noch schwerer war es, damit in den hellen Lampenschein zu treten und zu sagen, daß die Frau ihn haben solle. Das war fast, als zeige man einen Verlobungsring vor, wenn es doch noch ganz geheim sein soll. Und am Tisch machte der Mann seinen Rücken so breit er nur konnte und steckte dem jungen Burschen den Schein so verstockt wie möglich zu. „Vielleicht legst du den Schein mit in den Brief hinein,“ sagte er.

Und nun ging Kristaver auf den klappernden Pontostein in die Küche hinaus und machte die Tür hinter sich zu. Er und Henrik Rabben waren allein.

„Na, gut, daß ich Hilfe bekomme,“ sagte Henrik und hantierte mit Holz, Feuer und Kessel.

Kristaver sah ihn an. „Ich möchte unter vier Augen ein Wort mit dir reden.“

„Ja? Ist es etwas Unangenehmes?“ Henrik hatte schon Zeit gehabt, heute Haar und Bart zu kämmen, und Gott weiß, ob er nicht auch draußen gewesen war und Nase und Mund mit Seewasser gespült hatte.

„Du hast für mich Bürgschaft geleistet, so daß ich das Boot behalten konnte.“

„Ja, war das etwa zuviel? So ein Kerl wie du mußt doch ein Boot haben.“

Aber Kristaver sagte, jetzt wolle er Henrik auch einen Bedienstet leisten.

„Ja? Ja, willst du mich lehren, ein ebenso geschickter Bootsführer zu werden, dann . . .“

„Du begreifst doch wohl, daß es unsinnig ist, wenn du hier als Halbpantmann umher gehst.“

„Ja, aber er habe doch kein Netz und besitze keinen Anteil an dem Boot — also könne er doch nur als Halbpantmann gehen, er wie die anderen. Das war doch ganz klar?“

Kristaver sagte, er wolle ihm gern Netze überlassen, so daß er vollberechtigter Teilhaber werde. „Und das mußt du annehmen,“ sagte er.

Das war keine Kleinigkeit. Der Bootsführer kam zu ihm und verdoppelte seinen Anteil.

Henrik sah erst ihn an und dann den Topf, der Rund lächelte, die Augen blieben ernst.

„Ja, soll ich mich denn dafür bezahlen lassen, daß ich dir einen Dienst geleistet habe,“ sagte er.

„Ja, du hast im vorigen Jahre deine Netze verloren, aber jetzt hast du die Möglichkeit, sie wiederzubekommen. Darauf mußt du eingehen.“

„Hm. Aber du hast doch für uns alle das Risiko übernommen, in bezug auf Netze und Boot. Und wer wagt, soll auch gewinnen. Wir kleinen Leute auf Rabben können nicht mehr als uns satt essen, und wir wollen das Geld nicht haben, das dir zukommt. Dein Anerbieten ehrt dich, aber jetzt geh nur hinein und lege dich zu Tisch!“

Kristaver sah ihn erstaunt an. Henrik brauchte nur die Hand auszustrecken, so bekam er Netze und den doppelten Anteil. Und dazu sagt der Mann nein.

„Möge! Platz da, Leute, jetzt gibt es endlich was Nichtiges zu essen!“

Henrik trug mehrere Schüsseln mit zerstücktem Fladbröd herein, jetzt kam der Topf mit gekochter, dampfender Leber, von der er eine reichliche Portion auf jede Schüssel verteilte. Das Fett glänzte auf den Fladbrödhauten, jetzt wurde Molkenläse geschabt und darüber gestreut, und schließlich wurde Sirup in langen goldenen Schlangen über das Ganze gegossen. Dann wird alles mit dem Löffel verrührt, daß es wie ein Brei wird, — Herrgott, das schmeckt!

Die zwölf Männer saßen um den Tisch und langten zu. Sie wußten ja kaum noch, wann sie zuletzt einen Löffel in der Hand gehabt hatten. Sie meinten, solange sie denken konnten, von Kaffee und Brot gelebt zu haben. Aber dies war mehr als Essen. Dies war wie auf einer Hochzeit!

Es war unglaublich, wie schnell die Schüsseln sich leerten. Aber Henrik Rabben hatte noch mehr Leber, — rasch wurden neue Schüsseln hergerichtet, und dann setzten sich die Löffel wieder in Bewegung.

Wie . . . waren die Schüsseln schon wieder leer? Jetzt sing es ja erst an zu schmecken!

Nur der eine oder der andere schnalzte den Leibriemen ein paar Lächer weiter. Es ist ja nicht alle Tage Hochzeit im Fischerplatz.

Gesichter, Bärte, Finger glänzten von Fett, Sirup und Käse.

Vors mußte in den Schnee hinaus, wo die Leber frisch gehalten wurde, und einen Topf voll herbeiholen. Es dauerte eine Weile, bis die gekocht war, aber jetzt konnte man sich eine Pfeife anstecken, einen Schnops trinken und warten.

Da trampelte es vor der Tür, Jakob kam hereingehumpelt, und schwang den langen Fuß herum, als er sich umdrehte und die Künke wieder schloß.

„Guten Abend, Leute, Schmeremot, ja, das habe ich doch gerochen, daß hier etwas Gutes auf dem Tisch steht.“

„Kommt herein und seht dich!“ ertönte es von den Pfeifen an der Wand.

Und sie blinzelten sich zu. Es war doch immer so . . . stand irgendwo im Fischerplatz Möße auf dem Tisch, so witterte Jakob es und stellte sich ein, und wenn er sich in seinem eigenen Hause an Möße überfressen hatte.

„Du mußt dir da am Tisch einen Platz suchen,“ sagte Per Suzanja, und wer nicht nein sagte, war Jakob.

Hebrigens brachte er Neutigkeiten.

„Wir Fischer müssen wieder eine neue Abgabe bezahlen,“ sagte er und schickte einen Löffel, den er am Kermel abrieb. Im selben Augenblick wurde eine neue Schüssel Möße hereingetragen.

„Was denn jetzt schon wieder?“

„Ja, jetzt soll jedes Boot fünfzig Fische ans Krankenhaus abliefern. Das wird natürlich den Fischern auferlegt.“

„Hm,“ sagten sie und waren mit ihm einig.

Wie Jakob jetzt dafah, wirkte er ganz anders als die anderen. Das struppige schwarze Haar und der Bart stachen so sehr von diesen blonden, blauäugigen Männern ab. Sie saßen da in Friesstößen, die in ihrem eigenen Hause aus Wolle von ihren eigenen Schafen gewebt waren — aber wer webte wohl für Jakob? (Fortsetzung folgt.)

„Wer es verdient, bekommt Prügel.“

Zu der Notiz unter dieser Überschrift in Nr. 258 des „Vorwärts“ teilt uns das Kommando der Schutzpolizei mit, daß sich der darin erwähnte Herr Grünberg in unehrerlicher Weise auf der Wache des 294. Reviers betrogen habe...

Hugo Hoffmann. Vor kurzem verstarb nach langem Leiden Genosse Hugo Hoffmann-Frankfurt a/O. Lange Jahre hat Hoffmann in der „Vorwärts“-Druckerei als Setzer gearbeitet und nach der Revolution übernahm er in schwerster Zeit der Partei im Unterbezirk Frankfurt-Debus die schwierige Arbeit als Parteisekretär...

Eine plumpe Fälschung von Einhundert-Milliarden Scheinen liegt vor. Die Scheine fallen auf durch die unsaubere Ausführung der Schrift. Der Schriftsatz selbst steht nicht in der Mitte des Scheines. Das „Wasserzeichen“ ist mit weißer Farbe auf der Rückseite aufgemalt...

Gefährdung bei der Versorgung von Hausbrandkohle. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle zu erleichtern, hat der Reichsverkehrsminister, laut Beschluß des Reichskabinetts, sich bereit erklärt, die Frachten für Hausbrandkohle mit 75 Prozent für die Höchstdauer eines Monats, längstens bis 31. Dezember dieses Jahres auf Goldbasis zu stützen...

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag um 4 1/2 Uhr statt.

Das Staatsoperballet in Neudölln. Zu einem Balletabend hatte die Kunstgemeinde Neudölln nach der Neuen Welt eingeladen. Proben des modernen Kunsttanzes gaben Mitglieder der Berliner Staatsoper unter Leitung von Egon Wolff.

Die wahlfreie Oberstufe der höheren Schulen. Ueber dieses Thema finden Vorträge und freie Aussprache in einer öffentlichen Versammlung heute, Dienstag, den 20. November, pünktlich 7 1/2 Uhr abends, im Werner-Siemens-Realschulsaal, Hohenstaufenstr. 47/48, statt.

Eine große Spionageaffäre haben die Polizeibehörden in Strauß an Licht gesponnen. Eine Reihe von Bühnenführern, darunter ein Opernsänger und mehrere Filmregisseure, haben zu Gunsten eines Nachbarstaates militärische Geheimdokumente anvertraut.

Arbeiter-Sport

Schwimmfest in Charlottenburg.

Trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse wollten es die freien Schwimmer Charlottenburg, ein Schauland- und Wettschwimmer in der Städtischen Badeanstalt in der Krummen Straße zu veranstalten. Diesem Fest war ein voller Erfolg beschieden. Die rege Beteiligung war ein Lichtblick für alle Sportbegeisterten und eine wahre Freude für die aktiven Teilnehmer.

Resultate: Männerwettschwimmen, 4 mal 2 Bahnen: 1. Neudölln 1.28, 2. Vorwärts-RD. 2.22. — Brustschwimmen für weibliche Jugend, 2 Bahnen: 1. Vorwärts, 4.42, 2. Ruhn, Charl. 4.42. — Seite für männl. Jugend, 4 Bahnen: 1. GutsMuths-Bele 1.19, 2. Seebade-Charl. 1.22. — Seitenläufer: 1. Stier, Reptun-2, 50 Meter in 41, 2. Steppel 50 Meter in 44. — Männer-Brustschwimmen, 4 Bahnen: 1. Heintze, Egol, 1.24, 2. Schulz, Neudölln, 1.35. — Jugendschwimmen bel. 2 Bahnen: 1. Neumann-Charl. und GutsMuths-Vorwärts-Lichtenberg 3/4, 2. Ruhn, Reptun-2, 3/4. — Seitenläufer, 4 Bahnen: 1. Rauh, Weße, 1.40, 2. Kollner, Vorwärts-RD., 1.45. — Jugendlagenwettbewerb, 4 mal 4 Bahnen: 1. Weße 1.58, 2. Charl. II 1.58, 3. Vorwärts bel. 1.58. — Weibliche Jugend, 2 Bahnen: 1. Wilsch, Reudölln und GutsMuths-Vorwärts-RD. 1.14, 2. Ruhn 1.17. — Ruderwettschwimmen: 1. Reudölln 4.37, 2. Charl. I 4.40, Weße bel. 4.32. — Sprinten: 1. Weid-Charl. 30%, 2. GutsMuths-Bele 30%. — Brustschwimmen für männl. Jugend, 4 Bahnen: 1. Frank-Vorwärts 1.24, 2. Neumann-Charl. 1.24. — Männerwettschwimmen, 2 Bahnen: 1. GutsMuths-Bele 1.19, 2. Ruhn 1.21. — (Seite-Neudölln 1.20 bel.). — Wasserball: Jugend-Charl.-Freiheit 2:1. Männer: Charl.-Union 3:3.

Schwimmfest des LSV. Neptun 1894.

Dieser rührige Verein hielt kürzlich sein Schwimmfest in der Badeanstalt „Friedrichshain“ ab. Gut war das Leltertauchen für Männer. Schröder von Neptun Weissenau brachte 20 Leller in der guten Zeit von 58 1/2 Sekunden an die Oberfläche. In der noch besseren Zeit von 42 Sekunden konnte Stark von Neptun Lichtenberg 18 Leller holen. In dem 22 konkurrenzstarken Männerwettschwimmen ließ sich Mundt von der Frei-Wasserportvereinigung Wogeburg den Sieg nach hartem Kampfe nicht nehmen.

Die Geräte- und Sportwettkämpfe am Duhlag.

Für das Festspiel haben sich eine neue große Propaganda eingestellt. Die von der Zentrale des Arbeiter-Sportvereins ausgearbeitet und gutten Anfang in den Vereinen findet. Dies hat man bereits gesehen, daß zu den wichtigsten Wettkämpfen in der Preisliste 54 Kassen gemeldet sind, darunter 4 an Geräten und 7 Freilichtspiele. Frauen und Mädchen werden ebenfalls teilnehmen, außerdem Männer ein Springen über das langgestülpte Pferd. Die Arbeiter-Schwimmer werden das Freiwasserschwimmen zur Darstellung bringen.

zur Darstellung bringen. Die Leichtathletik ist durch 6 Wettkämpfe vertreten. Ein ausführliches Programm gibt den Interessierten Gelegenheit, die Resultate einzutragen. Die Durchführung der Spiele ist einwandfrei. Der Eintritt ist einwilliglich. Programm auf nur 50 Cent Pfennig festgesetzt, um einen schätzbaren Beitrag zu erbringen. — Ehrer, Besondere, Sportausflug am 1. Uhr zur Grotte (S. 10) und am 2. Uhr. Alle Mitwirkenden werden gebeten, ein Programm zum erträglichen Preise zu entnehmen, um die großen Ausgaben decken zu können.

Die Jahresversammlung der Reichsbahn. Die Zentralkommission für Arbeiter-Sport und Körperpflege, 20. Friedrichstraße 40, teilt mit: Eine Zusammenkunft der Vereine soll sich abhalten. Die Vereine des Direktionsbezirks Berlin haben uns jedoch sofort folgende Angaben zu machen: 1. Orts- und Vereinsname, 2. Name und Wohnung des Vorsitzenden, 3. Zahl der Mitglieder, 4. Nummer des bisherigen Ausweises, 5. Wieviel Ausweise werden für das nächste Jahr gewünscht. Die neuen Ausweise sind später an einem der Berliner Bahnhöfe gegen Zahlung von 20 Cent Pfennigen abzugeben. Altkassen geben wir später bekannt.

W. S. G. Gode. Eilmittige Vertreter der Arbeiter-Sportvereine resp. -Abteilungen werden sofort ihre Adressen an die Geschäftsstelle: Waldemar-Bogenhofen, Lichtenberg, Hohenberger Chaussee 101, Pötschstraße die neuen Funktionäre. — Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Am Sonntag, 24. November, findet das 1. Spiel der Turnerschaft im großen Saale des GutsMuths-Bele statt. Beginn 5 Uhr. — Vereins-Fußballspiele sind nach am Mittwoch in der Turnhalle zu haben.

Arbeiter-Sport- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, Turnhalle Prinzessinnenstraße 70, Zusammenkunft aller Mitglieder zum Sporthaus. — Arbeiter-Sport-Interessengemeinschaft, Berlin. 4. Dezember, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

Turnverein- und Sportklub, 1. Kreis. Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr, Versammlung aller Mitglieder, die an der Weihnachtsfeier nach dem Hohenhof teilnehmen, auf dem Hohenhof, Tegel, Berlin, den 20. November, Beginn des Springturns aller aktiven Mitglieder. Ausfahrt Hohenhof 16 57.

KLEINE ANZEIGEN

Advertisement for Theater, Lichtspiele usw. listing various theaters like Apollo-Theater, Europa sprich davon!, and Casino-Theater with their respective programs and showtimes.

Advertisement for Linden-Restaurant, featuring coffee-condiment service, a menu of dishes, and a concert by Kapelle Kalas.

Large advertisement for Dirin soap, describing its benefits for skin care and laundry, and listing various points of sale.

Advertisement for small notices (KLEINE ANZEIGEN), including word counts and prices for advertising space.

Advertisement for Verkäufe (Sales), listing various goods like clothing and household items for sale.

Advertisement for Kaufgesuche (Purchase Requests), listing various items needed for a business or household.

Advertisement for Autzubehör (Automobile Accessories), listing various car parts and accessories.

Advertisement for Werkzeuge u. Maschinen (Tools and Machines), listing various tools and equipment for sale.

Advertisement for Arbeitsmarkt (Labor Market), listing job openings and services.

Advertisement for Tüchtige (Skilled) workers, listing various professions and their requirements.